

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 28. April 1988

Blatt 786

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Selbstschutzveranstaltungen im Mai (787)
- Pflegefamilie: Soziale Hilfe mit Zukunft (788)
- Wien — Zentrum für Hornhauttransplantationen (790)
- 38. Österreichischer Städtetag in Innsbruck (791-794)
- Verkehrsumleitung in Breitenlee (795)
- Petrik: Zustand der Wiener Bundesschulen ist katastrophal (796)
- Stadtfest: Kein Betrieb der innerstädtischen Autobuslinien (nur FS)

Kultur:

- Kinderführungen in der Biedermeier-Ausstellung (789)
- Fritz Mular liest Roda Roda (nur FS)

Selbstschutzveranstaltungen im Mai

Wien, 28.4. (RK-LOKAL) Im April und Mai finden im Zentrum Simmering, Simmeringer Hauptstraße 96a, mehrere Selbstschutzveranstaltungen statt. Derzeit läuft dort ein Erste-Hilfe-Kurs, am 3. und 10. Mai lautet das Thema „Vorbeugender Gesundheitsschutz“, am 17. Mai geht es um Schutzraumfragen, und am 19. und 26. Mai erfährt man Wissenswertes über vorbeugenden Brandschutz. Die Schlußveranstaltung ist für den 31. Mai angesetzt. Beginn ist jeweils um 18.30 Uhr. Im kommenden Herbst finden in vier weiteren Bezirken Selbstschutz-Kursreihen statt. Die Teilnahme an allen Veranstaltungen ist kostenlos.

Persönliche Beratung

Zum Thema Selbst- und Zivilschutz bietet die Stadt Wien auch persönliche oder telefonische Beratung sowie die Zusendung von Informationsmaterial an. Beratungswünsche kann man entweder auf einem Vordruck deponieren, der in der Stadtinformation im Rathaus und in den Bürgerdienst-Außenstellen aufliegt, oder die Informationen per Telefon anfordern (Stadtinformation, 43 89 89). Mit seinen Wünschen kann man sich schriftlich auch direkt an die Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation, Rathaus, 1082 Wien, wenden.

Informationszentren

Informationszentren befinden sich in allen Bürgerdienst-Außenstellen. Sie bieten grundsätzliche Auskünfte sowie Informationsmaterial des Bundesministeriums für Inneres über Selbstschutz und Zivilschutz. Folgende Informationszentren sind Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr geöffnet:

- 3., Karl-Borromäus-Platz 3
 - 10., Laxenburger Straße 43-47
 - 11., Enkplatz 2
 - 12., Hufelandgasse 2
 - 13., Hietzinger Kai 1-3
 - 15., Rosinagasse 4
 - 16., Richard-Wagner-Platz 19
 - 18., Martinstraße 100
 - 20., Brigittaplatz 10
 - 21., Am Spitz 1
 - 22., (Kagran), Schrödingerplatz 1 (beim Donauzentrum)
 - 23., (Liesing), Lehmannngasse 1 (im Haus der Bezirksvorstehung)
- (Schluß) and/rr

Pflegefamilie: Soziale Hilfe mit Zukunft

Jugendamt wirbt um Pflegeeltern

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL) Das Jugendamt der Stadt Wien wirbt wieder um Pflegeeltern für jene Kinder, deren Verbleib in der eigenen Familie aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist. Betreuung und Hilfe für Kinder, deren Eltern besonders große soziale Schwierigkeiten haben oder den Aufgaben der Erziehung nicht gewachsen sind, durch solche „Eltern auf Zeit“ werden auch in Zukunft eine große Rolle in der Jugendwohlfahrt spielen.

Die fachliche Hilfe für Pflegeeltern wurde ausgebaut, und ein spezielles Vorbereitungsprogramm für Pflegeeltern, das in den Volkshochschulen angeboten wird, ist erarbeitet worden.

Wie wichtig die Arbeit der Pflegefamilien ist, zeigt die Tatsache, daß sich das Verhältnis zwischen der Zahl der Kinder in Heimen und der Zahl der Kinder bei Pflegefamilien zugunsten der Pflegefamilien umgekehrt hat. Gab es noch vor zehn Jahren wesentlich mehr Heim- als Pflegekinder, so sind heute fast 60 Prozent der vom Jugendamt der Stadt Wien betreuten Kinder und Jugendlichen bei Pflegeeltern, während etwa 40 Prozent, vor allem Geschwister, ältere oder behinderte Kinder, in Heimen untergebracht sind.

Auskünfte über Pflegefamilien gibt es bei den Bezirksjugendämtern der Stadt Wien. (Schluß) jel/rr

Kinderführungen in der Biedermeier-Ausstellung

Wien, 28.4. (RK-KULTUR/LOKAL) In der Biedermeier-Ausstellung im Wiener Künstlerhaus finden ab sofort jeden Sonntag um 10.30 Uhr Kinderführungen statt. Damit wird dem großen Interesse für das Kinderfest Rechnung getragen, das am vergangenen Sonntag in der Ausstellung stattgefunden hat. 900 Kinder haben das Fest besucht, insgesamt verzeichnete die Ausstellung an diesem Tag 3.000 Besucher. Mit den Samstagführungen ergibt sich die Möglichkeit einer weiteren Betreuung der Kinder in der Ausstellung. (Schluß) gab/rr

Wien - Zentrum für Hornhauttransplantationen

Neue Wiener Operationsmethode

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL) Wien ist derzeit Österreichs Zentrum für Hornhaut-Transplantationen. Federführend ist dabei die II. Universitäts-Augenklinik, an der in den letzten zwei Jahren rund 200 Patienten — über 90 Prozent davon erfolgreich — eine neue Hornhaut eingepflanzt erhielten. In diesem Zusammenhang hat eine neuentwickelte und seit kurzem angewandte Operationsmethode, bei der eine mittels Laser „geschliffene Hornhaut“ ohne Nähte als „lebende Kontaktlinse“ aufgepflanzt wird und in weiterer Folge einwächst, bereits weltweit Anerkennung gefunden. Weniger bekannt dürfte hingegen sein, daß die erste Hornhauttransplantation weltweit ebenfalls in Österreich und zwar vom Primararzt Eduard ZIRM in Olmütz im Jahre 1906 durchgeführt worden war. Dies wurde Mittwochabend im Rahmen der „Gesundheitspolitischen Presserunde“ von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bekanntgegeben.

Verletzungen, Herpes, Astigmatismus

Laut Univ. Doz. Dr. Günther GRABNER, Leiter der 1979 ins Leben gerufenen „Wiener Hornhautbank“ an der II. Universitäts-Augenklinik, werden gegenwärtig pro Jahr in Österreich rund 300 bis 400 Hornhauttransplantationen durchgeführt. In den USA sind es vergleichsweise 30.000 bis 40.000 Patienten jährlich. Zu den häufigsten Ursachen für Trübungen der Hornhaut, die bis zum totalen Verlust der Sehkraft führen können, zählen vor allem das Auftreten von Herpesviren, AIDS, Verletzungen bzw. Verätzungen des Auges sowie schwere Fälle von Astigmatismus (Hornhautverkrümmungen).

Fünf Prozent werden abgestoßen

Wesentlichste Voraussetzung für den operativen Eingriff ist, wie Univ. Doz. Dr. Grabner betonte, das Finden einer für den Patienten geeigneten Hornhaut. Diese Suche erfolgt durch einen im Rahmen der Wiener Hornhautbank installierten Computer, der sämtliche „Verträglichkeitsdaten“ des Patienten und der zur Verfügung stehenden, mittels flüssigem Stickstoff oder Gewebekultur konservierten Hornhäute, gespeichert hat und auch mit „Eurotransplant“ in Leiden, Holland, verbunden ist. Die Wartezeit liegt gegenwärtig zwischen drei Wochen und sechs Monaten. Die Zahl der auf eine geeignete Hornhaut wartenden Patienten bei 15 bis 30. Trotz Ausstattungen können allerdings Abstoßungserscheinungen auftreten, die in bis zu fünf Prozent der Fälle zu einer endgültigen Abstoßung führen.

Schaffung einer Transplantations-Organisation

Univ.-Prof. Dr. Stacher sprach sich im Rahmen der Presserunde für die Schaffung einer eigenen Transplantations-Organisation bzw. eines Vereines aus. Dieser sollte, ähnlich wie „Eurotransplant“ in Holland, für Gesamtösterreich die Transplantationen in sämtlichen Organbereichen koordinieren und organisieren bzw. eventuell auch die in diesem Zusammenhang auftretenden rechtlichen Probleme klären. Gegenwärtig erfolgt die Durchführung von Organ-„Wünschen“ in Österreich ehe unkoordiniert und jeweils von jeder einzelnen Klinik bzw. jedem einzelnen Spital aus. Erste Gespräche zur Realisierung dieses Vorhabens wurden laut Stacher kürzlich begonnen. Darüber hinaus wies der Gesundheitsstadtrat erneut auf den Umstand hin, daß die in den letzten Jahren durch die vermehrt durchgeführten Transplantationen entstandene „Kostenexplosion“ zum überwiegenden Teil von den Spitälern getragen wird. So erhält die Stadt Wien etwa nach wie vor pro Patient und Tag nur 900 Schilling seitens der Sozialversicherung. (Schluß) zi/bs

38. österreichischer Städtetag in Innsbruck

Bürgermeister Dr. Zilk: Gemeinden beim Umweltschutz unterstützen!

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL) Gestern, Mittwoch abend, eröffnete der Präsident des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, in Anwesenheit von Bundespräsident Dr. Kurt WALDHEIM, Bundesminister Karl BLECHA sowie des Tiroler Landeshauptmannes Dr. Alois PARTL den 38. Österreichischen Städtetag im Innsbrucker Kongreßhaus. An der bis 29. April dauernden Tagung nehmen rund 600 Delegierte österreichischer Gemeinden sowie Vertreter kommunaler Verbände aus dem Ausland teil. Zum Hauptthema des diesjährigen Städtetages wurde die kommunale Umweltpolitik gewählt.

Bundespräsident Waldheim würdigte in seiner Ansprache die Arbeit des Österreichischen Städtebundes und verwies auf die Chancen, aber auch Probleme der Ballungszentren. Die Umweltfrage bezeichnete der Bundespräsident als eines der brennendsten Probleme der Gegenwart. Die Schwierigkeit bestehe vor allem darin, daß die Lösung der Probleme nicht durch einzelne Maßnahmen erreicht werden könne, sondern daß das Verhalten geändert werden müsse. In Hinblick auf die Zukunftssicherung gebe es kaum eine wichtigere Aufgabe, als konsequente Umweltschutzpolitik zu betreiben.

Minister Blecha forderte eine klare Kompetenzverteilung im Umweltschutzbereich. So sollten die Kompetenzen für die Sondermüllentsorgung beim Bund konzentriert werden. Als eines der größten Umweltprobleme in den Städten Österreichs bezeichnete Blecha den Lärm. In diesem Zusammenhang kündigte der Innenminister für die nächsten Monate eine neuerliche „Aktion scharf“ der Exekutive gegen den Verkehrslärm an.

Drei Arbeitskreise zum Thema Umwelt

Am Donnerstag stand der Österreichische Städtetag in Innsbruck im Zeichen von drei Arbeitskreisen, die sich mit verschiedenen Aspekten des generellen Themas „Umwelt“ beschäftigten.

„Städtische Umwelt – öffentlicher Raum“

Den ersten Arbeitskreis unter dem Titel „Städtische Umwelt – öffentlicher Raum“ leitete der Innsbrucker Bürgermeister Romuald NIESCHER. Der Vorsitzende des Wiener Gemeinderatsausschusses für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Gemeinderat Ing. Horst-Georg RIEDLER, beklagte als Referent in diesem Arbeitskreis den Verlust an öffentlichem Raum in der städtischen Umwelt. Waren früher Plätze, Straßen und Gassen bis zum Einsetzen der Motorisierung öffentlicher Lebensraum, so haben nun die Städter diesen Lebensraum dem Auto geopfert, um Mobilität zu gewinnen. So wurde Wohnqualität gegen Bequemlichkeit getauscht. In den dicht bebauten Bereichen bedeutet Stadterneuerung nunmehr nicht nur Revitalisierung alter Häuser, sondern zugleich Rückgewinnung von öffentlichem Raum für die Menschen, die dort wohnen. Größere Grünflächen, geringere Bebauungsdichte, Verkehrsberuhigung, Straßenrückbau und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs könnten dazu dienen. Im Detail ergeben sich jedoch immer wieder Konfliktstoffe innerhalb der Bevölkerung, wie das Beispiel des Verlustes von Parkplätzen zeigt. Oft müsse deshalb auf optimale Lösungen verzichtet werden.

Mit der Finanzierung dieser Aspekte beschäftigte sich Mag. Ernst KNOTH vom Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum. Der Investitionsbedarf sei nicht abgedeckt, die Förderungen werden mangelhaft koordiniert, stellte Knoth fest. Die öffentlichen Gelder sollten auch im Hinblick auf die Auslösung privater Investitionen effizienter eingesetzt werden. Vor allem aber forderte Knoth eine Verbesserung der Hilfe des Bundes und der Länder.

Nationalratsabgeordneter Dr. Sixtus LANNER, der Vorsitzender der Kampagne des Europarates für den ländlichen Raum ist, befaßte sich mit den Verflechtungen von Stadt und Land, die ihre Probleme nur im Zusammenwirken lösen könnten. In der Entwicklung von Stadt und Land gehe eine Übergangsperiode zu Ende, sagte Lanner. Der Weg führe nicht mehr zu großen Zusammenballungen, sondern in den offenen Raum. Der ländliche Raum habe gegenüber den Städten einen hohen Wohn-, Freizeit- und Erlebniswert, eine weniger belastete Umwelt und überschaubarere Strukturen mit mehr Mitwirkungsmöglichkeiten. Ziel der Politik müsse jedoch die Schaffung von möglichst gleichwertigen und ausgewogenen Lebensbedingungen in ganz Österreich sein. Lanner warnte in diesem Zusammenhang davor, dem ländlichen Gebiet die Grundausstattung an Infrastruktur vorzuenthalten, aber auch vor einer touristischen Übererschließung.

Luftreinhaltung, Lärmschutz, Abwasserreinigung

Der zweite Arbeitskreis beschäftigte sich unter Leitung des Grazer Bürgermeisters Alfred STINGL mit dem Themen Luftreinhaltung, Lärmschutz und Abwasserreinigung. Der Linzer Stadtrat Josef ACKERL stellte fest, daß es in Linz, obwohl diese Stadt oft dazu diene, die Umweltprobleme anderer Gemeinden hinter ihr zu verstecken, bereits seit Beginn der 80er Jahre zu umfangreichen Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Luft gekommen sei. Bis 1990 sollen die Emissionen an Schwefeldioxid von 19.000 Tonnen im Jahr auf 7.000 Tonnen, die Stickoxide von 17.000 auf 10.000 Tonnen und der Staub von 7.500 auf 3.000 Tonnen reduziert werden. Die Stadtbetriebe Linz haben eine Großraumkläranlage errichtet, an die neben der Stadt Linz und allen Industriebetrieben auch die Linzer Umlandgemeinden angeschlossen sind. Insgesamt kosten die Luftsanierungsmaßnahmen rund sieben Milliarden Schilling. Ackerl forderte zur weiteren Verbesserung der Luftqualität bessere Gesetze auf Bundesebene. Er beklagte das derzeitige Gesetzeswirrwarr und forderte ein öffentliches Nahverkehrskonzept seitens des Bundes.

Senatsrat Dr. Franz JAKUBEC aus Wels ersuchte als Verwaltungsjurist den Gesetzesgeber und die verantwortlichen Politiker um Verfahrensgesetze, die es bei aller Bürgernähe und bei der Wahrung des Parteiengleichs ermöglichen, auch zu einem bestimmten Zeitpunkt einen Schlußstrich unter die Ermittlungen zu setzen und einen klaren Bescheid zu erlassen. Nur so wäre es möglich, verschiedene Verfahren wie zum Beispiel zur Einrichtung einer Sondermülldeponie sinnvoll durchzuführen.

Der Berliner Staatssekretär Dr. Hans-Ludwig DREISSIGACKER, Senator für Stadterneuerung und Umweltschutz in Berlin, erklärte, daß die Städte nur dann ihren Beitrag zum Umweltschutz leisten können, wenn auf den anderen politischen Ebenen die entsprechenden rechtlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Umweltschutz sei nicht zum Nulltarif zu haben. Bei allen Regelungen für die kommunalen Haushalte müßten der Bund und die Länder anerkennen, daß die Städte ihre neuen und zusätzlichen Umweltschutzaufgaben nur dann erfolgreich wahrnehmen können, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen entsprechend angepaßt werden.

Abfallwirtschaft

Unter dem Vorsitz des Klagenfurter Vizebürgermeisters, Kurt PETERLE, befaßte sich der dritte Arbeitskreis mit der Abfallwirtschaft. Dipl.-Ing. Dr. Peter Thomas RUGGENTHALER stellte die Sonderabfallentsorgung am Beispiel der Entsorgungsbetriebe Simmering dar, der einzigen in Österreich existierenden Sondermüllbehandlungsanlage. Die Stadt Wien hat vor nahezu zehn Jahren mit der Errichtung der Entsorgungsbetriebe Simmering eine Pionierleistung zur Verarbeitung des Sonderabfalls in Österreich erbracht. Nur durch eine funktionierende Abfalllogistik (Mengen- und

Forts. von Blatt 791

Forts. auf Blatt 793

Schadstofffassung, Zeitpläne, Analytik, Begleitende Kontrolle) und einen optimierten Betrieb ist es möglich, die derzeitige Kapazität von 60.000 Tonnen im Jahr optimal zu nützen. Die Klärschlammwässerung und -verbrennung wurde in den letzten zwei Jahren durch neue Zentrifugen, Öleinsparung und Anhebung der Verbrennungskapazität wirkungsvoll verbessert. Alle Rauchgase werden in einer vierstufigen Naßwäsche gereinigt, wobei für die Emissionen Grenzwerte eingehalten werden, die Modellcharakter für Anlagen dieser Art haben. Die Verbrennungsrückstände stellen deponiefähige Produkte dar, wobei hier auch noch Verfahren zur weiteren Nutzung der Rückstände in Entwicklung sind. Durch die permanente Innovation in den Verfahren und Anlagen der EBS wird die Funktion dieses Entsorgungsbetriebes als umweltverbesserndes und nicht umweltbelastendes Unternehmen garantiert.

Mag. Christoph SCHARFF von der Wirtschaftsuniversität Wien sagte, die Abfallwirtschaft stehe heute durch eine Reihe neuer, zum Teil recht fortschrittlicher Gesetze vor einem Generationswechsel. Der Bewußtseinsstand habe sich in der Bevölkerung und in den Gebietskörperschaften stark verbessert. Die tägliche Praxis hinke dem aber leider oftmals hinterher: Abfallvermeidung sei ein Schlagwort ohne gesetzliche Basis. Die Abfallverwertung werde jedoch als Beitrag zur Entsorgung anerkannt. Altlastenerhebung und -sanierung seien heute noch die Ausnahmen. Der unzureichende Zustand der Deponie schaffe aber heute die Altlastenprobleme der Zukunft. Eine kurzsichtige Verhinderungspolitik gegen neue Abfallbehandlungsanlagen und Sondermülldeponien zementiere einen gefährlichen status quo. Musteranlagen sollten eine verantwortungsvolle und umweltkonforme Entsorgung demonstrieren. Notwendig sei es, wieder Vertrauen in die Problemlösungskapazitäten der Gemeinden und in die Sorgfalt der Aufsichtsbehörden zu schaffen.

Die Entscheidung über Entsorgungs- und -verwertungsmethoden werde vielfach auf Gemeinden abgeschoben, die dann mit der Lösung überregionaler Probleme konfrontiert werden, stellte der Grazer Stadtrat Dipl.-Ing. Klaus GARTLER fest. Sinnvolle Lösungen werden durch das stark negativ besetzte Image der Abfallwirtschaft erschwert. Ein wichtiger Lösungsansatz wäre ein Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes zur Schaffung einer neuen „Verpackungsphilosophie“, die in erster Linie auf die Zielsetzungen einer Kreislaufwirtschaft ausgerichtet sein sollte.

Bericht des Generalsekretärs

Der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK, wies in seinem Bericht darauf hin, daß der Österreichische Städtebund mit über 200 Mitgliedsgemeinden, in denen vier Millionen Menschen leben, mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung vertritt.

Neben der Stellungnahme zu tagespolitischen Fragen werde der Städtebund in Hinkunft noch stärker als bisher auf langfristige Probleme eingehen, die für die Gemeinden von Bedeutung sind, kündigte Pramböck an. Tiefgreifende Auswirkungen auf die kommunalen Aufgaben wird die Tatsache haben, daß in den nächsten 25 Jahren der Anteil junger Menschen deutlich zurückgehen und die Zahl der über 60jährigen noch stärker ansteigen werde. Das werde bei der gegebenen Finanzknappheit viele innovative Ansätze in der Kommunalpolitik erfordern, um die zu erwartenden negativen Auswirkungen zu minimieren.

Pramböck kündigte weiters die Bildung eines Wirtschaftsausschusses, die Ausarbeitung von zukunftsorientierten Unterlagen über Altenhilfe und eine Informationsveranstaltung über die Auswirkungen der Teilnahme Österreichs am gemeinsamen Binnenmarkt der EG auf die Gemeinden an.

Forts. von Blatt 792

Forts. auf Blatt 794

Zur Finanzsituation der Gemeinden stellte Pramböck fest, daß deren Anteil am gesamten Abgabenertrag von 13 Prozent in den 70er Jahren auf 11,5 Prozent Mitte der 80er Jahre gesunken sei. Die Einkommenssteuerreform 1986 habe die Gemeinden alleine mit 1,6 Milliarden Schilling belastet, durch die Neuregelung der Grunderwerbssteuer werden die Gemeinden 1987 und 1988 zusammen etwa eine Milliarde Schilling an Einnahmen verlieren. Der Österreichische Städtebund fordere daher, daß zur finanziellen Absicherung der Gemeindeautonomie die Gemeinden aus der Steuerreform nicht überdurchschnittlich belastet werden dürfen, und daß Mindereinnahmen aus der Steuerreform im Zuge des Finanzausgleiches wieder auszugleichen sind.

Großes Augenmerk wäre der finanziellen Absicherung der Gemeindeautonomie durch die Erhaltung und den Ausbau der Gemeindeabgaben, die 1986 24 Milliarden Schilling und damit rund 40 Prozent der Steuereinnahmen der Gemeinden ausmachten, zu widmen.

„Bei allen finanziellen Forderungen müssen die Gemeinden mit Nachdruck bemüht sein, die ihnen gestellten Aufgaben sparsam, zweckmäßig und wirtschaftlich durchzuführen, um diese Forderungen auch zu rechtfertigen“, stellte Generalsekretär Dr. Pramböck abschließend fest. (Schluß) roh/gg

Forts. von Blatt 793

Verkehrsumleitung in Breitenlee

Wien, 28.4. (RK-LOKAL) Ab kommenden Montag, den 2. Mai, sind im 22. Bezirk im Bereich von Breitenlee wegen des Baues eines Straßenkanals entsprechende Verkehrsmaßnahmen erforderlich: Während der bis in den Oktober dauernden Bauarbeiten wird die Breitenleer Straße ab der Süßenbrunner Straße stadtauswärts als Einbahn geführt. Der stadteinwärts fließende Verkehr wird über die Leandergasse, den Rautenweg und die Süßenbrunner Straße zurück zur Breitenleer Straße geleitet. (Schluß) pz/bs

Petrik: Zustand der Wiener Bundesschulen Ist katastrophal

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Auf rund drei Milliarden Schilling bezifferte der Vizepräsident des Wiener Stadtschulrates, ÖVP-Landtagsabgeordneter Dr. Wolfgang PETRIK, den Sanierungsaufwand für die Wiener Bundesschulen. Einige der 70 Schulgebäude, so Petrik, befinden sich in einem katastrophalen Bauzustand. Ein moderner Unterricht sei dadurch oftmals nicht mehr realisierbar. Es gäbe immer noch Wanderklassen; Turnsäle und Funktionsräume fehlen.

Petrik forderte eine „Schulerneuerungswelle“ und die Ausarbeitung eines gemeinsamen Schulentwicklungskonzeptes. Als ersten Schritt sollte der Wiener Landtag ein derartiges Konzept erstellen und als Forderung an die Bundesregierung beschließen.

Veränderung der Schulpolitik

Da die pädagogischen Erfordernisse zwischen den Ballungsräumen und dem Flachland unterschiedlich sind, sprach sich Petrik für eine Veränderung der Schulpolitik aus. In Wien gingen etwa 55 Prozent der Kinder in die Unterstufe der AHS, in manchen Bezirken bis zu 80 Prozent, während im Bundesdurchschnitt knapp 25 Prozent der Kinder die AHS-Unterstufe besuchen. Auch die Schulen selbst sollten mit mehr Autonomie ausgestattet werden. In diesem Zusammenhang kritisierte der Vizepräsident des Stadtschulrates auch die starke Bürokratisierung der Schulverwaltung. (Schluß)
fk/rr